



Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben an den Leiter der königl. croatisch-slavonischen Hofkanzlei das nachstehende Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Freiherr v. Ruffevic! Indem Ich den Feldzeugmeister Joseph Freiherrn v. Sokčevic auf seine Bitte von der Stelle als Banus, Obersten-Capitän, Gouverneur in Croatien und Slavonien, commandirender General in Agram, Gouverneur von Fiume und Oberpräsident der Banatstafel in Agram unter gleichzeitiger Veretzung in den Disponibilitätsstand in Gnaden enthebe, verleihe Ich demselben in Anerkennung seiner treuen Dienstleistung das Großkreuz Meines Leopold-Ordens mit Nachsicht der Taxen.

Wien, am 27. Juni 1867.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Juni d. J. die Wahl des Dr. Ethvin Heinrich Costa zum Bürgermeister der Landeshauptstadt Laibach allergnädigst zu bestätigen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchsten Cabinetsschreibens vom 25. d. M. dem königl. ungarischen Minister am kaiserlichen Hoflager Georg Grafen Festetics in dieser seiner Eigenschaft die Functionen eines Kanzlers des königlich ungarischen St. Stephans-Ordens allergnädigst zu übertragen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Juni d. J. die Würde eines Banal-Locumtenenten dem Levin Freiherrn von Rauch allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Juni d. J. den Banatstafelsecretär Robert Blatarovic zum Hofrath bei der königl. croatisch-slavonischen Statthalterei allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Juni d. J. den zweiten Vicegespan des Pojegauer Comitates, Friedrich von Kraljevic, zum Obergespan desselben Comitates allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. Juni d. J. den Ministerialconcipisten und Titular-Berghauptmann Franz Frieze zum Ministerialsecretär im k. k. Finanzministerium allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Juni d. J. den Wyznianer Pfarrer, Dechant und Schuldistrictsaufseher Kajetan Kochanski zum Ehrenherrn an dem Metropolitanat in Lemberg allergnädigst zu ernennen geruht:

Das k. k. Finanzministerium hat den Ministerialsecretär Dr. Joseph Bezecny zum Stellvertreter des landesfürstlichen Commissars an der Wiener Geldbörse ernannt.

Der Minister und Leiter des Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft hat den verfügbaren Cassier Nikolaus Kossovaz zum Seefahrtsadjuncten bei dem Centralhafen- und Seefahrtsamte in Triest ernannt.

Die k. k. Landesregierung für Krain hat die erledigte, dem landesfürstlichen Patronate unterstehende Pfarre Kronau im Decanats- und politischen Bezirke Radmannsdorf dem Localcaplan von Selo, Blas Arkel, zu verleihen befunden.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 1. Juli.

Mit der Abänderung des § 13 des Februarstatutes ist die Verfassungsrevision auf den regelmäßigen und correcten Weg geleitet. Die wichtigsten Abweichungen des Ausschussentwurfes von der Ministerialvorlage gehen dahin: daß solche Anordnungen auch unter Verantwortlichkeit des Gesamtministeriums ohne Zustimmung des

Reichsrathes nicht getroffen werden können, welche eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezwecken, eine dauernde Belastung des Staatsschatzes und eine Veräußerung von Staatsgut betreffen; ferner daß die Gesetzeskraft dieser Verordnungen erlischt, wenn die Regierung unterläßt, dieselben binnen vier Wochen zunächst dem Hause der Abgeordneten zur Genehmigung vorzulegen, oder wenn dieselben die Genehmigung eines der beiden Häuser des Reichsrathes nicht erhalten. Die Regierung erklärte sich durch das Organ des Freiherrn v. Beust mit der Abänderung einverstanden, nicht so mit den verschiedenen Amendements.

Der bei der Abstimmung eingetretene Zwischenfall ist in loyalster Weise entschieden worden. Die Erregtheit, welche sich dabei von Seite der Tiroler und Slovenen zeigte, ist um so mehr zu bedauern, als ja die Absicht einer Vergewaltigung der Reichsrathsmajorität in keiner Weise vorausgesetzt werden konnte. Bemerkenswerth ist übrigens die schwache Mehrheit für die von Seite der Slovenen und Polen geltend gemachte strengere Auslegung des Gesetzes. Möge übrigens die locale Lösung der Differenz ein gutes Omen für die ferneren Verhandlungen sein und der Reichsrathsmajorität als Bürgschaft dafür dienen, daß man nicht darauf ausgeht, sie zu majorisiren, was sonst (exempla sunt odiosa) immer die Tendenz der zur Herrschaft gelangten Parteien ist.

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 27. Juni.

(Schluß.)

Abg. Schindler, gegen die Ausführungen des Dr. Figuly sich wendend, bemerkt: Ich halte jeden Abgeordneten hier im Hause berechtigt, die Meinung seiner Wähler auszusprechen. Die Meinung meiner Wähler wiederum kenne ich besser; und ich bin überzeugt, daß, wenn ich für den Ausschussantrag stimme, ich meine Wähler hinter mir haben werde, und das wird gewiß bei den meisten meiner Collegen mit der Fall sein. (Rufe: Ja wohl.)

Redner sagt dann, wenn es sich darum handelte, eine neue Verfassung zu schaffen, würde er den § 13 zur Aufnahme nicht befürworten, aber gegenwärtig handle es sich darum, Garantien zu schaffen. Schließlich sagt er: Sofort nach Abfindung der Finanzdeputation halte ich es zunächst für die wichtigste Aufgabe des Verfassungsausschusses, im Ganzen und Großen die Revision, resp. die Herstellung einer Verfassung in die Hand zu nehmen (Beifall), welche nicht nur die Wohlfahrt des Staates, sondern auch die Wohlfahrt und die Freiheit des einzelnen Bürgers dauernd zu begründen und mit allen jenen Garantien zu umgeben im Stande ist, welche nicht nur von der Parität mit Ungarn gefordert werden, sondern auch von der Parität mit unsrerer nur zu lange unterdrückten Ansprüchen auf unser angeborenes Recht, auf die Wohlfahrt des Staates und der Staatsbürger (Bravo). Drum stimme ich — und ich glaube, ohne illiberal zu sein — für den Ausschussantrag (Beifall).

Abg. Dr. Dienstl polemisiert gegen die Ausführungen Schindlers und erklärt sich für den Antrag Brestel.

Abg. Dr. Figuly: Ich stimme den Grundsätzen, die Abg. Schindler ausgesprochen, vollkommen bei. Nur möchte ich dem noch Folgendes entgegenhalten: Abg. Schindler hat selbst gemeint, wenn die Totalrevision der Verfassung vorgenommen würde, so wäre er auch für die Streichung des § 13. Nun, ich sage: je früher er gestrichen wird, desto besser.

Se. Excellenz Ministerpräsident Freih. v. Beust:

Das hohe Haus wird es, wie ich hoffen darf, begreifen, wenn die Regierung bei der Discussion des heute vorliegenden Berathungsgegenstandes überhaupt sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Der Grund davon, das wird das h. Haus gewiß leicht ermessen, ist einfach der, daß, wenn die Regierung in die Debatte nur mit einiger Wärme eingreifen wollte, sie schwer dem Anscheine entgehen würde, daß ihre Auffassungen nicht auf objectiver, sondern mehr auf subjectiver Grundlage beruhen. Will man aber überzeugen, so muß man es eben mit der Ansicht thun, seine Äußerungen vom objectiven und nicht vom subjectiven Standpunkte aus beurtheilt zu wissen. Es möge daher das h. Haus diese Zurückhaltung entschuldigen. Indessen gibt es eine Betrachtung, die ich mir doch erlauben will, dem h. Hause zu empfehlen, weil ich mich hier auf einen objectiven Standpunkt stellen zu können glaube.

Es ist eine bekannte Sache und in allen Staaten mehr oder weniger anerkannt, daß die Grenzlinie zwischen dem Verordnungsrechte und dem Gesetzgebungsrechte, die Grenzlinie, wo das Recht und der Spielraum der Verordnung aufzuhören und die Nothwendigkeit des Gesetzes einzutreten hat, daß, sage ich, diese Grenzlinie sehr zweifelhaft ist und als solche anerkannt wird. Nun, meine Herren, wollen Sie dieser zweifellos richtigen Betrachtung gegenüber das Verfassungsrecht sicherstellen und wollen Sie dabei in Erwägung ziehen, daß doch sehr häufig Fälle vorkommen können, wo die Regierung in ihrem Verordnungsrechte vielleicht weiter als sonst vorzugehen sich genöthigt sieht, so ist es gewiß zweckmäßiger, ihr gewisse Grenzlinien zu stecken, ihr eine solche Bestimmung an die Hand zu geben, wie sie hier vorgeschlagen wird, als eine solche Bestimmung überhaupt ganz zu unterlassen. Im letzteren Falle wird die Regierung leicht versucht werden können, den Verordnungsweg zu betreten, ohne dabei sich beeengt zu fühlen durch die nachträgliche Rechenschaft vor dem Reichsrathe, während, wenn eine solche Bestimmung, wie sie vorgeschlagen wird, gegeben ist, jeder Minister, wenn er nur an seine eigene Person und seine eigene Bequemlichkeit denkt, und er muß ja an noch viel mehr, an etwas höheres denken, — es vorziehen wird, den hier angegebenen Weg zu betreten, und selbst da, wo vielleicht manche Gründe dafür sprechen, daß ihm das Verordnungsrecht zustehe, wird er es vorziehen, die Verordnung unter den Begriff des § 13 zu bringen und sich zu decken, und dadurch wird dem Reichsrathe über die Ausübung des Verordnungsrechtes, glaube ich, eine viel größere Controle gesichert sein, als wenn eine solche Bestimmung überhaupt nicht existirt.

Die Praxis hat sich eben in anderen Ländern in dieser Richtung günstig erwiesen. Es sind entsprechende Bestimmungen in anderen deutschen Verfassungen enthalten, es ist davon Gebrauch gemacht worden, und ich muß die Bemerkung des geehrten Herrn Abgeordneten Dr. Brestel berichtigen, insofern er hervorhob, die Verfassungen, die eben jene Bestimmung enthalten, seien ein Resultat, eine Frucht der nach dem Jahre 1848 eingetretenen Reaction gewesen.

Die analoge Bestimmung, wie sie sich beispielsweise auch in der Verfassung des Königreiches Sachsen und anderer deutschen Staaten findet, war in diesen Verfassungen schon längst vor dem Jahre 1848 enthalten und ist darin nur stehen geblieben, und ich glaube, daß diese Vorgänge doch nicht ganz ohne Anwendung hier bleiben können.

Was England betrifft, so würde ich meinstheils das nicht für die Regierungsvorlage und deren Amendirung anführen, was von Seite des geehrten Herrn Referenten an die Hand gegeben wurde.

Ich glaube mit Rücksicht auf das, was ich eben mir zu sagen erlaubte, vielmehr darauf hinweisen zu sollen, daß nach der ganzen englischen Verfassung und nach den englischen Staatseinrichtungen die Wirksamkeit der Regierung im Wege der Verordnung eine viel beschränktere ist, als dies bei uns immer der Fall sein wird.

Berichterstatter v. Waser theilt ganz die Ansicht des Abg. Kaiser, daß es wünschenswerth wäre, der vollziehenden Gewalt gar keine Möglichkeit zu gewähren, in die Legislative einzugreifen. Allein gerade ihm, als dem praktischen Mann, möchte er entgegenhalten den Satz: „Noth kennt kein Gebot“ und so sei es besser, wenn man die Regierung in ihrer Action gesetzlich beschränkt, als wenn man sie gar nicht beschränkt. Gegen den Vorwurf, bemerkt Redner, als werde hier ein Scheinconstitucionalismus etablirt, muß ich mich feierlich verwahren. Ich wünsche, daß wir unsere parlamentarische Regierung erlangen, noch haben wir sie nicht; wenn wir sie erlangen, wird der § 13 unpractisch sein. Aber bis dahin können wir dieser Garantie nicht entbehren.

Es wird zur Abstimmung über den Antrag Brestel geschritten.

Abg. Dr. Groß (Wels) verlangt namentliche Abstimmung. (Wird abgelehnt.)

Der Antrag Brestel bleibt in der Minorität (da für stimmen nur circa 20 Abgeordnete der Linken.)

Der erste Absatz des Gesetzes, lautend:

„Der § 13 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung wird abgeändert“

wird hierauf mit überwiegender Majorität angenommen.

Alinea 2 des Gesetzentwurfes gelangt zur Verhandlung. Derselbe lautet:

„Wenn sich die dringende Nothwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen verfassungsmäßig die Zustim-

mung des Reichsrathes erforderlich ist, zu einer Zeit herausgestellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können dieselben unter Verantwortung des Gesamtministeriums durch kaiserliche Verordnungen erlassen werden, insofern dieselben keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezwecken, keine dauernde Belastung des Staatsschatzes und keine Veräußerung vom Staatsgut betreffen."

Abg. Skene erinnert, daß hier noch auf eine sehr wichtige Angelegenheit, nämlich die Handelsverträge vergessen worden ist. Er beantrage deshalb, nach den Worten: „dauernde Belastung des Staatsschatzes“ zu setzen: „den Abschluß von Handelsverträgen u. s. w.“

(Der Antrag wird unterstützt.)

Abg. Dr. Hanisch beantragt anstatt: „Abänderungen des Staatsgrundgesetzes“ zu setzen: „insofern dieselben keine Aufhebung, Abänderung oder authentische Interpretation des Staatsgrundgesetzes bezwecken, überhaupt den Staatsgrundgesetzen nicht zuwiderlaufen.“ (Unterstützt.)

Abg. Dr. Sturm bringt folgendes Amendement ein, nach dem Worte „Anordnungen“ einzuschalten: „welche im Gesetze nicht vorgesehen sind“, und nach den Worten: „können dieselben“ beizufügen: „bei Gefahr im Verzuge.“

(Diese Amendements werden unterstützt.)

Berichterstatter Dr. Waser erklärt sich gegen die eingebrachten Amendements und bemerkt gegen Abgeordneten Skene, daß die Abschließung von Handelsverträgen erstens eine gemeinsame und zweitens keine dringliche Angelegenheit sei.

Se. Excellenz Ministerpräsident Freiherr v. Beust: Ich halte es doch für nothwendig, vom Standpunkte der Regierung aus einige Worte über das Amendement zu sagen, welches der geehrte Herr Abg. Skene vorschlägt, und namentlich im Zusammenhange mit dem, was von Seite des geehrten Herrn Berichterstatters erwähnt wurde.

Ich muß es hervorheben, daß das Recht, Verträge zu schließen, in allen constitutionellen Staaten und in dem allerconstitutionellsten als ein unbeschränktes Recht der Krone betrachtet wird und selbst in England nie an eine vorhergehende Zustimmung des Parlamentes gebunden gedacht worden ist.

Eine ganz andere Frage ist die Frage der Ratification. Auch hierüber ist die Praxis in den constitutionellsten Staaten verschieden.

Was uns betrifft, so bin ich durch eine noch nicht beantwortete Interpellation in die Lage gesetzt worden, die Frage in diesem h. Hause gründlich zu besprechen und, wie ich hoffe, zur Befriedigung des Hauses zu beantworten; ich werde mir aber noch eine kleine Frist ausbitten, u. z. darum, weil diese Frage nicht so unzweifelhaft, wie der geehrte Herr Berichterstatter es hinstellt, zu den gemeinsamen Angelegenheiten gehört, sondern gerade hier ein Zweifel obwaltet (Bewegung links), der vor allem gelöst werden muß.

Ich möchte aber doch auch dem geehrten Antragsteller entgegenhalten, daß ganz abgesehen hiervon, wenn seinem Antrage Folge gegeben würde, es praktisch ein Abkommen hätte von allen und jeden Handelsverträgen mit dem Auslande. Denn wenn dem Antrage nachgegangen würde, so müßte dem Abschlusse eines Vertrages eine Berathung in öffentlicher Sitzung im Reichsrathe vorausgehen, und ich habe wohl nicht nöthig hervorzuheben, warum dann die Regierung, welche mit dieser Berathung zu rechnen hätte, in die ungünstigste Lage versetzt würde, da ja die Regierung, mit der man verhandelt, im voraus ganz genau wissen würde, wie weit sie bei der Verhandlung gehen kann. Es kann also davon nicht wohl die Rede sein, daß überhaupt der Gegenstand des Handelsvertrages, ehe dieser abgeschlossen wird, Gegenstand der Berathung im Reichsrathe werde.

Was die beiden anderen Amendements betrifft, so erlaube ich mir auch entgegenzuhalten, daß mit der Fassung, wonach keine Maßregeln getroffen werden dürfen, die der Verfassung zuwiderlaufen — so, glaube ich, lauten die Worte des Amendements — die Bestimmung selbst illusorisch wird, weil es sich eben darum handelt, daß eine Maßregel ausnahmsweise, provisorisch und mit Vorbehalt der Gutheißung des Reichsrathes ergriffen werden soll und kann, die an und für sich nicht verfassungsmäßig sein würde. Und was endlich die Gefahr im Verzuge betrifft, so möchte ich auch sehr vor jeder Casuistik warnen und davor, daß nicht dieses ernste Wort Gelegenheit dazu abgibt, daß die Regierung bei Rechtfertigung sehr unschuldiger und gleichgiltiger Schritte dieses ernste Wort anführen und, wenn ich sagen darf, abnützen würde. (Rufe: Sehr gut! im Centrum.)

Präsident erklärt sich, bevor zur Abstimmung geschritten wird, dafür, daß das Erforderniß der Zweidrittelmehrheit (welche nämlich für Verfassungsänderungen gesetzlich nothwendig ist) nicht für jeden Absatz des Gesetzes nothwendig sei.

Abg. Zyblikiewicz erklärt sich für die entgegengesetzte Ansicht. Skene zieht angesichts der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten seinen Antrag zurück. Abg. Baron Petrino schließt sich an Zyblikiewicz, Dr. Brestel an den Präsidenten an.

Abg. Dr. Toman: Schon aus der Motivierung, welche der Herr Präsident ausgesprochen hat, geht hervor, daß sich seine Anschauung nicht auf das Gesetz,

sondern nur auf die Opportunität stützt. Den Fall gesetzt, daß ein Antrag aus 3 bis 4 Absätzen bestehen würde, wie dies bei dem gegenwärtigen der Fall ist, und daß jeder dieser Sätze eine Abänderung der Verfassung in sich enthält, ist es doch klar, daß man das Gesetz umgehen und die Norm, daß zwei Drittel der Stimmen dafür sein müßten, illusorisch machen würde, wenn man nur in dritter Lesung diese Art und Weise der Abstimmung als nothwendig erachten würde.

Ich muß für alle künftigen Fälle dagegen Verwahrung einlegen, ich stütze mich hierbei auf das Gesetz und verlange, daß über jeden Absatz, wie er hier steht, in der vorgeschriebenen Art und Weise abgestimmt werde. (Bravo rechts.)

Präsident: Ich bin weit entfernt, irgend eine Elusion einer gesetzlichen Bestimmung zu beabsichtigen. Was die Sache selbst betrifft, so muß der geehrte Herr Vorredner selbst zugestehen, daß, wenn bei den einzelnen Sätzen die einfache Majorität vorhanden ist und bei der dritten Lesung sämtliche Absätze mit Zweidrittelmajorität beschlossen worden, dieselben eben beschlossen sind, und daß, wenn einzelne Sätze selbst mit Zweidrittelmajorität beschlossen wären, bei der Gesamt Abstimmung in dritter Lesung sich jedoch nicht eine Zweidrittelmajorität ergäbe, das Ganze verworfen wäre. Diese gegen einander gestellte Alternative, glaube ich, rechtfertigt meine Ansicht und schützt mich auch gegen die Insinuation, daß ich nicht auf dem Boden des Gesetzes stehe.

Abg. Brestel replicirt gegen die Ausführung Tomans.

Abg. v. Petrino behauptet, daß streng genommen jede einzelne Bestimmung eines Gesetzes, für das nicht Zweidrittelmajorität vorhanden war, als gefallen zu betrachten ist und bei der dritten Lesung gar nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden darf. (Zustimmung rechts.) Er ersucht den Herrn Präsidenten, bei jeder einzelnen Abstimmung die Zweidrittelmajorität zu constatiren.

Abg. Toman: Ich für meine Person verwahre mich gegen die Art und Weise der Abstimmung, wie sie der Herr Präsident vornehmen will, und ich halte dieselbe für vollständig gesetzeswidrig.

Abg. Zyblikiewicz weist auf den Wortlaut des Gesetzes hin, welches von „Anträgen auf Aenderungen“ spricht. Demgemäß müssen auch einzelne Anträge auf Abänderungen zwei Drittel der Stimmen haben. Uebrigens ist auch die zweite Lesung die eigentliche Verhandlung, nicht die dritte Lesung.

Abg. Herbst: In dieser Frage kann nur die Bestimmung des § 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung maßgebend sein, welcher sagt: „Anträge auf Abänderung in diesem Grundgesetze erfordern in beiden Häusern eine Mehrheit von wenigstens zwei Dritteln der Stimmen.“

Der Unterschied zwischen der zweiten und dritten Lesung ist eine Unterscheidung, von welcher das Grundgesetz gar nichts weiß und nichts wissen kann, weil sie lediglich durch die Geschäftsordnung eingeführt wurde und auch wieder gehoben werden kann.

Es handelt sich nur darum, ob Zweidrittelmajorität für den Antrag vorhanden ist, und das ist nur dann der Fall, wenn für den Antrag im Ganzen Zweidrittelmajorität der Anwesenden sich ergibt. Wenn alle einzelnen Absätze mit Zweidrittelmajorität angenommen worden wären, so wäre der Antrag doch nicht angenommen, wenn bei der Abstimmung über das Ganze sich nicht eine Zweidrittelmajorität ergeben würde.

Abg. Dr. Landsberger polemisiert gegen die Ausführungen des Dr. Herbst.

Abg. Dr. Herbst replicirt.

Abg. v. Petrino: Ich bitte ums Wort.

Präsident: Sie haben schon zwei Mal gesprochen.

Abg. v. Petrino: Ich bitte zur thatsächlichen Berichtigung das Wort.

Präsident: Ich glaube, das Haus wird wohl nichts dagegen einzuwenden haben. (Zustimmung.)

Abg. v. Petrino: Es handelt sich nicht um das Wort, sondern um die Sache. Das Grundgesetz hat im Hause bedeutende Minoritäten vor der Majorität der Regierung zu schützen. Wir dürfen hoffen, daß die Herren in dieser Beziehung gewiß jene Rücksicht haben werden, die man in Oesterreich vor allen anderen Staaten haben muß. (Große Bewegung links, Zustimmung rechts.)

Präsident: Das ist keine thatsächliche Berichtigung, Herr Baron. Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich Ihnen das Wort nicht gegeben. Es ist das nur ein Mißbrauch des Ihnen gegebenen Wortes. (Bravo links, Oho rechts.) Ich werde über diese Frage zur Abstimmung schreiten und muß mir bedauern, daß meine Worte Mißfallen erregt haben. Es ist zu einer thatsächlichen Berichtigung das Wort erbeten worden. Es ist aber keine thatsächliche Berichtigung, wenn man an das Rechtsgefühl und andere Gefühle appellirt und deshalb zum dritten Male um das Wort bittet.

Abg. Zyblikiewicz (mit gehobener Stimme): Ich bitte zur Abstimmung um das Wort. Ich muß erklären, daß wir uns in dieser Hinsicht der Abstimmung enthalten; wo das Gesetz klar bestimmt, da hat das Haus nicht darüber abzustimmen. Wir behalten uns vor, was wir weiter zu thun haben.

Abg. Dr. Toman: Ich erkläre daselbe. (Unruhe.)
Präsident: Abg. Toman haben bereits zwei Mal gesprochen.

Abg. Dr. Toman (erregt): Ich erkläre, daß wir uns bei der gesetzlosen Abstimmungsart, wie sie eben beliebt werden soll (großer Widerspruch links), jeder Abstimmung enthalten.

Präsident: Ich kann gegen den Wunsch des Herrn Dr. Zyblikiewicz, sich der Abstimmung zu enthalten, nichts einwenden. Es ist Praxis im Hause geworden, daß man sich der Abstimmung enthält, so sehr diese Praxis bedauerlich ist, weil ich es für die Pflicht eines jeden Abgeordneten ansehe, jederzeit sein Votum abzugeben. (Beifall links.)

Abg. Greuter: Ich halte es für meine Pflicht, im Namen der Tiroler, die auf dieser Seite des Hauses sitzen, meinem Herrn Vorredner beizustimmen, und zwar gerade zur Wahrung und Aufrechthaltung der Geschäftsordnung. (Beifall rechts.)

Präsident: Ich werde die Schlussfassung des h. Hauses über diesen Gegenstand einholen; ich habe nicht geglaubt, daß die Debatte über eine nach meiner Auffassung so untergeordnete Frage so weit führen könnte. Da es aber geschieht, so werde ich mich streng an die Beschlüsse des Hauses halten, welches ich allein zu einer authentischen Auslegung der Geschäftsordnung berechtigt ansehe, und ersuche diejenigen Herren, welche der Ansicht sind, daß im vorliegenden Falle bei jedem einzelnen Absätze des Antrages erhoben werde, ob eine Zweidrittelmajorität dafür gestimmt hat, sich zu erheben. (Geschicht.)

Dafür stimmt die ganze Rechte, ein Theil des Centrums, von der Linken Skene, Pratobevera u. A.

Präsident: Es scheint mir die Majorität zu sein (Unruhe, Rufe: Gegenprobe; Abg. Greuter ruft: namentliche Abstimmung).

Präsident: Ich bitte, meine Herren, stehen zu bleiben, ich will die Zählung vornehmen. (Nach einer Pause): die Majorität ist dafür. (Beifall rechts.)

Bei der Abstimmung über die einzelnen Absätze des Gesetzes werden der Titel so wie die drei ersten Absätze des Gesetzes mit allen gegen zwei Stimmen angenommen, die zu diesen Absätzen gestellten Zusatzanträge der Abg. Dr. Sturm und Dr. Hanisch abgelehnt. Ein vom Abg. Dr. Hanisch zu Absatz 4 gestelltes Amendement, dahin gehend, Absatz 5 wegzulassen, dagegen Absatz 4 zu formuliren: „Die Gesetzeskraft und mit derselben auch die Wirksamkeit dieser Verordnungen erlischt u. s. w.“ findet nicht genügende Unterstützung.

Absatz 4 und 5 werden hierauf in dem vorigen Stimmenverhältnisse angenommen. Die dritte Lesung des Gesetzes erfolgt und wird das ganze Gesetz mit allen gegen eine Stimme (Dr. Stamm) angenommen.

Präsident schließt hierauf die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten; nächste Sitzung unbestimmt.

Oesterreich.

Wien, 29. Juni. Die „Wr. Ztg.“ schreibt: Entgegen einer in Nr. 195 der „Presse“ enthaltenen Prager Correspondenz, welche eine angebliche Differenz zwischen Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter von Böhmen und dem Landesauschusse in Betreff des Bubentzcher Lustschlosses zum Gegenstande hatte, sind wir, gestützt auf competente Informationen, in der Lage, die Nachricht als gänzlich unbegründet zu bezeichnen und hinzuzufügen, daß weder eine Differenz in der genannten Angelegenheit bestanden, noch auch nur eine Correspondenz in Bezug auf dieselbe stattgefunden hat.

Ausland.

Florenz, 28. Juni. Die „Gazzetta di Firenze“ dementirt, daß Cialdini demissionirt habe, bestätigt aber die Demission Lamarmora's, welche nicht angenommen wurde. In der Kammer hat Ferraris den Bericht über die Liquidation der Kirchengüter vorgelegt, dessen Berathung bis nach der Budgetberathung festgesetzt ist. Die Grundlagen des Liquidationsgesetzes sind folgende: Unificirung und Ausdehnung des Gesetzes über Aufhebung und Convertirung auf alle Kirchengüter mit Ausnahme der Pfarreien, dreißigprocentige Besteuerung aller convertirten Kirchengüter; unbewegliche Güter, welche Eigenthum des Staates geworden sind, werden unter Ueberwachung der Controlscommission verkauft werden, welche auch beauftragt sein wird, die Finanzoperation zu controliren, welche mit dem Verkaufsertragne dieser Güter mittelst Hypothekarobligationen gemacht wird, die besonders garantirt und in 15 Jahren al pari rückzahlbar sind. Einsteuilen soll die Summe von 400 Millionen aufgebracht werden. Der Vortrag weist zum Schluß auf die Nothwendigkeit strenger Ersparungen, die Reform des Verrechnungswesens und die Botirung einer neuen Steuer hin.

Venedig, 25. Juni. Aus einer Polemik, welche zwei hiesige Blätter mit einander führen, geht hervor, daß fünf ehemalige österr. Marineofficiere italien. Nationalität, die auf Grund des Friedensvertrages mit Beibehaltung ihres Grades in italien. Dienst traten und später von der italien. Regierung ohne Pension entlassen wurden, auf eine Beschwerde der österr. Regierung wieder

Tagesneuigkeiten.

in die Italien. Marine aufgenommen wurden und zugleich ihren rückständigen Gehalt ansbezahlt erhielten.

Rom, 26. Juni. Das Consistorium wurde eröffnet; der Papst hielt eine Ansprache, in welcher er den Eifer der Bischöfe, mit welchem sie nach Rom gekommen sind, und ihre Anhänglichkeit an den h. Stuhl lobte. Die Feinde der katholischen Kirche müssen, indem sie diese Vereinigung sehen, die unermessliche Kraft der Kirche und den Irrthum jener begreifen, welche sie als gealtert erklären. Der Papst bestätigte die Verdammungen des Syllabus und drückte den Wunsch aus, sobald eine günstige Gelegenheit sich ergeben werde, ein ökumenisches Concil einzuberufen, um den Drangsalen, welche auf der Kirche lasten, durch die nöthigen Mittel abzuheben.

Paris, 27. Juni Abends. Fast alle Journale haben eine Subscription zu Gunsten der Dänen in Schleswig eröffnet. Die „Liberté“ enthält Briefe aus Madrid, nach welchen die Provinzen Madrid, Burgos, Palancia von bewaffneten Händen durchzogen werden. Dasselbe Journal sagt, Kaiser Napoleon solle der großen Flottenrevue in Spithead beiwohnen. — Das Journal „Situation“ sagt, daß ihm das Postdebit in Preußen entzogen sei und daß Baron Goltz seine Unterdrückung verlangt habe. „Situation“ sagt, daß sie die Meinung von 36 Millionen Franzosen vertreten. Den Drohungen Bismarcks gegenüber habe es seinen Abonnementspreis herabgesetzt. Bismarck möge sich nicht einbilden, daß man ein Journal unterdrücke, wie man ein Volk unterdrückt. Die „Situation“ werde fortbestehen, sie mache Bismarck den Krieg, aber in loyaler Weise. Sie rede nicht die ehrenrührige Sprache der Berliner Blätter, Bismarck sei empfindlicher als Napoleon III., welcher so oft den unanständigen Angriffen der preussischen Presse ausgesetzt ist. Aber Bismarck ist empfindlicher, sowohl weil er eitel ist, als auch weil er unsere Enthüllungen fürchtet.

— 28. Juni. Die „France“ schreibt: Der Sultan wird Sonntag um 3 Uhr in Paris eintreffen. Der Kaiser von Oesterreich wird am 25. Juli eintreffen. — Die „Presse“ meldet: Die Budgetcommission hat die Minister vernommen. Einer derselben erklärte, ein großer Theil der zur Verfügung gestellten Summen wurde zur Neuanschaffung oder Vervollständigung der Equipirung der Armee verwendet. Die erzielten Resultate sind beträchtlich und gestatten zu versichern, daß, ehe sechs Monate um sind, Frankreich über 750.000 wohl bewaffnete und wohl equipirte Soldaten werde verfügen können. Für die Marine wurden in Amerika zwei Panzerfregatten um 14 Millionen angekauft. — Die „Presse“ sagt: Man könne aus diesen Aufklärungen der Regierung schließen, daß, wenn sie ihre Ausgaben mit provisorischen Mitteln bestreiten will, dies deshalb geschieht, weil diese (Ausgaben) den Charakter der Continuität haben, welcher binnen Kurzem eine analoge Maßnahme nothwendig machen kann. Es scheint vernünftiger, die Gesamtausgaben zu consolidiren und sie nicht partienweise hinter einander folgen zu lassen. Ein Theil der Majorität in der Commission hat sich diesem Gedanken gegen eine Minorität von fünf Mitgliedern, welche eine sofortige Anleihe wollten, angeschlossen. — Die „Presse“ glaubt zu wissen, daß man später eine Anleihe von 750 Millionen contrahiren werde. — Die „Situation“ meldet, daß Volksversammlungen in Dänemark stattfinden, um zu verlangen, daß die dänische Regierung auf die Zurückgabe von Düppel und Alsen bestehet. Der „Standard“ berichtet, daß die rumänische Regierung Herrn Winterhalter zu ihrem diplomatischen Agenten in Paris bestellt habe. — In Folge einer Unterredung zwischen dem Gouverneur von Albanien und dem Fürsten von Montenegro sind die Schwierigkeiten wegen der Grenzberichtigung beglichen worden. Der Gouverneur hat dem Fürsten einen Hafen am adriatischen Meere versprochen. — Das „Memorial diplomatique“ sagt: Mexicanische Briefe vom 26. Mai melden, Kaiser Maximilian sei von Diaz nach Mexico gebracht worden. Diaz hätte erklärt, das Leben des Kaisers sei nicht gefährdet.

London, 28. Juni. Die „Times“ sagt: Die Regierung hat beschlossen, zu Ehren des Sultans ein officielles Fest zu veranstalten; der Minister für Indien ist mit den Vorbereitungen für das Fest beauftragt.

Petersburg, 28. Juni. Die heutige „Senats-Zeitung“ meldet, daß die Ausfuhr von allen Gattungen Holzwaaren, Theer und Holzrinde aus Rußland und Polen nach dem Auslande zollfrei gestattet sei.

Wiga, 27. Juni. Bei der heutigen Empfangscur der Behörden und der Kaufmannschaft redete der Kaiser die Versammelten russisch an. Er sprach: „Ihre Gefühle ungeheurer Ergebenheit sind mir bekannt, mein Vertrauen zu Ihnen ist stets dasselbe, doch vergessen Sie nicht daß sie einer Familie angehören und einen untrennbaren Theil Rußlands bilden. Ich hoffe zuversichtlich auf Ihre Mitwirkung für die Reformen in den Ostprovinzen.“ Der Kaiser dankte schließlich für den herzlichen Empfang.

Constantinopel, 28. Juni Abends. Das officielle Journal „La Turquie“ dementirt die Behauptung des „Standard“, daß England der Pforte eine Note überreicht habe, in welcher es den in der Collectivnote enthaltenen Vorschlag unterstützt.

— (Das Grazer Blatt „Telegraf“), täglich Morgens und Abends erscheinend, findet als Organ der Autonomistenpartei immer mehr Beachtung. In dem Kampfe um die Neugestaltung Oesterreichs steht es mit aller Entschiedenheit für die Kräftigung unseres Verfassungslebens, für die Erfüllung jener Mission ein, welche die Geschichte, die Cultur und der Geist des echten Fortschrittes dem deutschen Elemente in Oesterreich vorgezeichnet haben. Der Entwicklung und Förderung der materiellen Interessen, der Verbreitung geistiger Bildung, der Durchsührung freier Grundsätze, der Verwirklichung jener Wünsche und Forderungen, die man an ein echtes Verfassungswesen zu stellen das Recht hat, spricht das Journal mit anerkanntem Freimuth in Form von Leitartikeln ein kräftiges Wort. Wir können daher dieses Blatt, dessen Abonnementspreis für Oesterreich vierteljährig 4 fl., halbjährig 8 fl. (Separatverendung des Abendblattes per Monat 30 kr.) beträgt, bestens empfehlen.

— (Der Jahrestag der Schlacht bei Langensalza), wo die hannoversche Armee bekanntlich im vorigen Jahre einen glänzenden Sieg über die Preußen erfochten hat, wurde von der kleinen hannoverschen Colonie in Hiesing feillich begangen. Zur Feier des Tages waren die von Hannoveranern bewohnten Häuser mit Flaggen und Blumenguirlanden geschmückt. Auch fanden in verschiedenen Kreisen der Colonie Feste statt, zu denen auch aus Hannover Gäste erschienen waren.

— (Im See-Arsenale von Pola) brach am Frohnleichnamstage ein Brand aus. Das Feuer entstand in einer Werkstätte der Leder- und Stridarbeiter für die Artillerie und theilte sich gleich den Kanzeien und der Segelwerkstätte mit, welche sich in dem ersten Stockwerke desselben Gebäudes befinden. In einer halben Stunde waren sämtliche Truppen theils bewaffnet, theils mit den Löschräuseln an Ort und Stelle, und innerhalb einer Stunde war die Kraft des Feuers gebrochen. Gegen 4000 Mann und 20 Pumpen waren in Thätigkeit; mit unglaublicher Kraft wirkten die Dampfpumpen. Auch die Bewohner der Stadt Pola entwickelten einen sehr lobenswerthen Eifer, indem man kann sagen, die halbe Bevölkerung zum Arsenal eilte, um freiwillig Hilfe anzubieten.

— (Neuitalienisches Glüd.) Die „Trierer Ztg.“ veröffentlicht folgendes „Eingefendet“: Zur Erbauung derjenigen, welche sich nach venezianischen Zuständen sehnen, und als einen kleinen Beweis, wie sehr Handel und Gewerbe in Venedig floriren, erlaube ich mir die Nachricht mitzutheilen, daß ich in meinem, in der Merceria dell'Orologio gelegenen Leinwand- und Weißwaarengeschäfte, welches sich an reichem und gewähltem Assortiment in jeder Hinsicht mit jedem andern dortigen Geschäfte messen darf und selbst in den letzten Zeiten der vielgeschmähten österreichischen Herrschaft nie weniger als 250—300 fl. wöchentlich einnahm, nun unter der italienischen Herrschaft im Laufe der ganzen vorigen Woche 1 fl. 33 kr., sage Einen Gulden 33 kr. österr. Währung eingenommen habe und daß dies ungefähr die ganze Einnahme ist, die ich gewöhnlich wöchentlich mache. Wer Lust und Liebe zu Geschäften dieser Art hegt und sich nach dem Glücke hiesiger Zustände sehnt, möge immerhin hieher kommen, und ich bin jeden Augenblick bereit, ihm das Geschäft zu übergeben und Venedig zu verlassen. Venedig, 25. Juni 1867. A. F.

(Ehren-Doctoren.) Bei der Jubelfeier der Universität Halle sind u. A. zu Ehren-Doctoren der Philosophie ernannt worden: Graf v. Bismarck, preussischer Ministerpräsident, v. Mülller, Cultusminister, v. Roon, Kriegsminister, und v. Moltke, General und Chef des großen Generalstabes.

— (Der Erbprinz von Thurn-Taxis) dessen schwere Erkrankung wir schon früher meldeten, ist letzten Mittwoch verschieden.

— (Aus Paris) erhielt das „N. Fremdenblatt“ folgendes Schreiben: Kaiser Napoleon hat neben den Medaillen, den Preisen für die Kunst u. s. w. noch dreißig Preise pour le bien-être für die Ausstellung geschaffen. Sie sollten für jene bestimmt sein, die sich für das Wohl der Arbeiter nach jeder Richtung hin seit langen Zeiten verwendet haben, die also durch geistige und technische Ausbildung, Wahrung der Sittlichkeit, Anlage von Sparcassen, Pensions- und Krankensfonds u. s. w. für die Existenz ihrer Untergebenen gesorgt hatten. Man ging bei der Ertheilung dieser Preise so streng zu Werke, daß immer ein Fremder referirte (für Oesterreich Steinbeiß aus Stuttgart und Laboulaye aus Frankreich, Ritter v. Schaffer referirte für Italien), und daß man selbst bis auf das Jahr 1848 zurückging und nachforschte, wie damals das Verhältnis zwischen Herren und Arbeitern gewesen war. Ergab sich irgendwo der geringste Anstand, so wurde der Concurrent gestrichen. In der Commission, in welcher der französische Staatsminister Rouher den Vorsitz führte, befanden sich auch Marschall Vaillant, Baron Nicasoli u. s. w. Es waren 700 Gesuche eingelaufen, sie wurden bis auf 60 gesichtet und aus diesen wählte die Jury 30 Gekrönte. Davon entfielen auf Oesterreich vier, u. z. erhielten Preise die Herren: Johann Liebig, Franz v. Wertheim, Heinrich Drasche und Philipp Haas. Aus Preußen wurden Schulze-Dehligsch und Krupp prämiirt. Die Preise sind die sogenannten goldenen Stühle. Auch beabsichtigt Kaiser Napoleon, auf dem Marsfelde eine Granitsäule errichten zu lassen, welche die Namen dieser 30 Wohltäter der Menschheit verewigen soll.

— (Eine neu entdeckte Insel.) Das inselreiche Stille Weltmeer ist um ein Eiland bereichert worden; freilich an einer ziemlich isolirten Stelle. Nach Berichten aus San Francisco hat man nämlich auf der Linie der neu eingerichteten Dampfschiffahrt zwischen dieser Stadt und Japan, unter 50° n. l. und 40° 30' eine ungefähr 20 Meilen lange Insel entdeckt; der Dampfer „Kolorado“ fuhr an ihr vorbei. Dichte Nebel sind dort heimisch, und man glaubt, daß schon manches Fahrzeug an dem Gestade seinen Untergang gefunden hat.

Locales.

— Der Herr Landespräsident von Conrad-Cybesfeld beehrte gestern den 1. Juli in Begleitung des Herrn Schulrathes Dr. Jarz die hiesige k. k. Oberrealschule mit einem Besuche. Derselbe gerubete das chemische Laboratorium, das physikalische Cabinet, die Zeichnungssäle zu besichtigen und in mehreren Classen dem Unterrichte beizuwohnen. Hierauf beehrte er die hiesige Handels-Lehranstalt des Herrn Mahr mit einem Besuche, wobei er die Lebrzimmer, die Waarensammlung und die geräumigen Schlafsäle in Augenschein nahm.

— (Die öffentliche Vereidigung) des Bürgermeisters Dr. Costa durch den Herrn Landespräsidenten wird Mittwoch am 3. Juli 10 Uhr Vormittags im Gemeinderathssaale stattfinden.

— (Oration.) Morgen Abends findet aus Anlaß der Bestätigung der Wahl des Herrn Dr. C. H. Costa zum Bürgermeister unserer Stadt ein von dem Turnvereine „Juzni Sokol“, dessen Vorstand derselbe ist, veranstalteter Fackelzug und von den Sängern der Citalnica eine Serenade statt.

— (Das mechanische Museum) des Herrn Crasse, am Congressplatz hier seit ein paar Tagen aufgestellt, erfreut sich eines recht regen Besuches und findet wie in allen andern bisher besuchten bedeutenderen Städten reichlichen Beifall, den es, so viel wir nach einmaliger flüchtiger Besichtigung beurtheilen können, auch recht verdient. Wir behalten uns eine eingehendere Würdigung vor.

— (Firmung.) Im laufenden Monate werden Se. fürstbischöfliche Gnaden in nachstehenden Orten das Sacrament der Firmung ertheilen: Am 8. Vormittag in Laufen, Nachmittag in Möschnach; am 9. Vormittag in Radmannsdorf, Nachmittag in Bigaun; am 10ten Vormittag um 7 Uhr in Steinbäckel, um 10 Uhr in Kropf, Nachmittag in Dörsch; am 11. Vormittag in Feldes, Nachmittag in Görjach; am 12. Vormittag in Feistritz, Nachmittag in Mitterdorf; am 13. Vormittag in Upp; am 14. Vormittag in Apling, Nachmittag in Lengensfeld; am 15. Vormittag in Kronau, Nachmittag in Ratschach.

— (Vom Sokol.) Der Ausschuss des Turnvereins Sokol hat für die nächsten zwei Monate folgende Ausflüge und Vergnügungen festgesetzt: Am 7. Juli ganztägiger Ausflug nach Stein, 21. Juli Annenfest in Laibach, 4. August Turnfahrt mit geheim gehaltenem Endpunkte (die Turner geben in verschiedenen Richtungen und nur den Abtheilungsführern ist der schließliche Zusammentreffensort bekannt), 15ten August ganztägiger Ausflug auf den Großtahlenberg und nach Zwischenwässern, 1. September Wasserfahrt am Laibachflusse. Zu allen diesen Ausflügen (mit Ausnahme jenes am 4. August) sind auch die Mitglieder der Citalnica und die Freunde des Sokol überhaupt geladen.

— (Photographien unteregyptischer Gegend) wurden vom gewissen Herrn Pfarrer von S. Jakob, gegenwärtigen Vorstand des österreichischen Pilgerhauses in Jerusalem, Franz Hrovat, dem bischöflichen Knabenseminar Aloxianum geschenkt. Aus dieser Anstalt treten mit Ende des Schuljahres 6 Schüler der 8. Classe in das Priesterseminar über.

— (Reif.) In der Nacht vom Samstag auf Sonntag (30. v. M.) fiel in der Umgegend Laibachs so starker Reif, daß die Fisolenernte theilweise vernichtet wurde.

— (In der Pariser Ausstellung) wurde in der 71. Classe: „Gemüse und Früchte“ das Centrale der k. k. Landwirthschaftsgesellschaft in Laibach mit der bronzenen Medaille ausgezeichnet. Auch in der VII. Gruppe, 67. Classe: „Cerealien und Mehlproducte mit den daraus dargestellten Artikeln“ erhielt die Landwirthschaftsgesellschaft die bronzene Medaille.

— (Zur Sängerschaft nach Görz), über welche wir morgen einen ausführlichen Bericht bringen, erfahren wir vorläufig, daß dieselbe im allgemeinen befriedigend ausgefallen ist und der künstlerische Erfolg der Laibacher ein vollständiger war.

— (Sammlungen für den Papst.) Nach Mittheilung der „Danica“ haben Se. fürstbischöfliche Gnaden die für den h. Vater gesammelten Gelder von der Redaction übernommen und werden dieselben mit den eigenen und noch anderen Gaben dem apostolischen Nuntius in Wien übersenden. Die Sammlung besteht in Gold, Silber, Kupfer, Papiergeld, Coupons, Denkmünzen und einem goldenen Ring, was alles zusammen, das Agio inbegriffen, 1300 fl. ausmachen dürfte.

— (Berichtigung.) In der gestrigen Notiz „Jubiläum“ wolle statt: Herrn Hofrathes Bofizio, gelesen werden: Herrn Hofrathes Ritter v. Bofizio.

Correspondenzen.

L. Littai, 1. Juli. Gestern früh 7 Uhr 55 Minuten wurde hier ein nicht unbedeutendes Erdbeben verspürt, das in drei deutlich unterscheidbaren Stößen, von denen der mittlere der stärkste war, in der Richtung von ONO. nach WSW. den Erdboden erschütterte. Die Bewegung war von einem donnerähnlichen Getöse begleitet und währte im Ganzen 1/3 Secunde. Das Barometer stand auf 28'' 8'''...

B. V. Prävvald, 29. Juni. Was gibt es Neues unter dem Kanos? Der Wonnemonat bedachte uns mit Hagel, Wollenbrüchen, Schnee und Reif. Die Fauna der Erde entsprossenen Pflanzen waren den Elementen preisgegeben und größtentheils vernichtet. Was der Hagel nicht nahm, zehrte der Reif auf, so zwar, daß stellenweise neue Bebauung stattfinden mußte. Der Wollenbruch beschädigte mehrere Häuser in Ubelstka, aus welchen sich die Einwohner nur durch die vergitterten Fenster retten konnten. Die Haus- und Wirtschaftsgüter waren dem Strome preisgegeben und konnten nur nach einigen Tagen von entlegenen Feldern beschädigt rückgeholt werden.

Die bisherigen Mißjahre riesen Steuer-, Percentualgebühren- und noch viele andere Rückstände hervor, welche jetzt eingebracht werden müssen; da aber Herr Saturnus sein böses Spiel fortsetzt, so wird die heutige Ernte nicht ein Drittel der Rückstände decken, und man kann offen voraussagen, daß das heutige Jahr leider eines der mißlichsten sein dürfte. Wollte Gott diese Befürchtungen nicht zur Wahrheit werden lassen.

Tobt es draußen, so herrscht doch in der hiesigen Schule die größte Thätigkeit. Der kleine Hörsaal ist nur wenige Stunden des Tages leer, ja selbst beim Kerzenlichte wird die Singstunde gehalten. Unermüdet wirkt der hochw. Herr Curat in und außer der Schule, und sein Streben ist die Bildung der Jugend in allen Zweigen. Der Herr Lehrer folgt dem guten Beispiele mit Lust und Freude und wirkt eifrig in seiner Thätigkeit zum Ganzen. Die arme Gemeinde leistet, was in ihren Kräften steht, um die Jugend zu brauchbaren Bürgern zu erziehen.

Nicht unerwähnt kann es bleiben, daß am 21. Juni das Fest des h. Aloisius celebrirt wurde. Die Schuljugend wohnte um 6 Uhr der h. Segenmesse bei, und machte mit improvisirter Nationalhymne um 1 Uhr Mittags unter Anführung des Herrn Lehrers und Begleitung des Herrn Curaten einen kleinen Ausflug.

Eine schöne Lipizanerin, deren Milch edles Fürstenblut in Venedig genoss, zog, vor nicht langer Zeit wohlthunend für die russische Fürstin, jetzt den mit Munition beladenen Wagen zum Vergnügen der Jugend auf die alte Schanze Soloverth. Am Munitionskarren wollten Einige Hannibals Spruch „Mir nach“ gelesen haben.

In schöner Ordnung langte der jugendliche Zug in der Schanze an, wo man sich labte und heitere Spiele trieb. Die Knaben mußten die gespendeten Prämien erfichten, und da dieses in den Schanzen war, setzte es auch bei diesem Kampfe blutige Köpfe ab; doch dieses Blut floß nur aus den Nasen einiger in Getreidesäcke gebundener und gesalener Knaben. Es war nach Möglichkeit gesorgt, daß jeder Knabe theilhaft wurde. Ein edler Kindesfreund spendete für die Mädchen viele Prämien, welche von edler Hand nach Verdienst vertheilt wurden.

Nach Prävvald zurückgekehrt, sang die im Gefange gut geschulte Jugend Lieber heimischer Art, brachte Zivio's aus und dankte durch den edlen Herrn Curaten den Spendern und Anwesenden für die erwiesene Theilnahme.

Um 8 Uhr Abends wurde der Rückzug angetreten. Die Knaben mit ihrer errungenen Beute, die Mädchen mit den Spenden geschmückt, brachten die Fahne, durch den Det singend, in die Schule. Ein kurzes Gebet schloß das Fest, welches vom Wetter begünstigt war.

Das Frohnleichnamsfest wurde hier am 23ten

Juni einfach aber feierlich abgehalten. Andächtige aus weiter Gegend nahmen Theil, die Schuljugend war vollends vertreten, die Mädchen erschienen in festlichen, meistens weißen Kleidern und sonst geziert, sie streuten Blumen am Wege und vor den reichlich geschmückten Altären. Mehr als hundertjährige Geschäfte waren mit jüngern benützt, die üblichen Salven zu geben.

Soeben heißt es, daß gestern Nachmittag im benachbarten Sessana (Küstenland) der Hagel nur zum Vortheile der Glaser gewirkt und der Blyß mit dem Telegraphen eine nähere Bekanntschaft gemacht habe.

Neueste Post.

Wien, 1. Juli. Getreu dem Versprechen, daß die kaiserliche Regierung jede das Schicksal Sr. Majestät des Kaisers von Mexico betreffende Nachricht sofort nach ihrem Eintreffen veröffentlichen werde, haben wir die traurige Pflicht, im Nachstehenden eine Reihe von tiefererschütternden Meldungen wiederzugeben, die der kaiserlichen Regierung soeben zugegangen sind. Das erste der Telegramme, welche wir hier veröffentlichen, ist von dem k. k. Generalconsul in New-York Loosely aufgegeben. Es lautet wörtlich: Wien von America. Aufgegeben den 30. (29. ?) Juni, 2 Uhr 14 Min. Vormittags: „Ich habe folgende Depesche erhalten: Aus Mexico wird mir via New-Orleans, 29., vom Geschäftsträger die Nachricht mitgetheilt, daß der Kaiser Maximilian verurtheilt und am 19. Morgens um 9 Uhr erschossen worden ist. Der Präsident verweigert die Auslieferung des Leichnams. Die „Elisabeth“ ist zum Transport der Leiche von Veracruz bestimmt. Groller, Schiffscapitän. Gezeichnet Loosely.“ Das zweite später eingelangte Telegramm von dem k. k. österreichischen Gesandten bei den Vereinigten Staaten Baron von Wydenbruck lautet: Wien von America. Aufgegeben am 29. Juni, 4 Uhr 25 Min. Vormittags. Samstag. Mit Entsetzen melde ich, daß ich soeben folgendes Telegramm von New-Orleans erhalten: Von Veracruz kommt mir die telegraphische Nachricht der Verurtheilung und des Todes des Kaisers Maximilian zu. Suarez ist im Besitz der Leiche. Die Depesche ist unterzeichnet vom Schiffscapitän Groller, die Nachricht im auswärtigen Amt noch nicht bekannt. Ich erfahre ferner, daß die Hinrichtung durch Erschießen am 19. Juni 7 Uhr Morgens erfolgte. Gezeichnet Wydenbruck.

Da durch diese Depeschen indeß das Factum doch noch nicht über jede, wenn auch noch so geringe Hoffnung eines Irrthums hinaus sichergestellt ist, hat die kaiserl. österreichische Regierung den kaiserlichen Gesandten in Washington Freiherrn von Wydenbruck sofort im telegraphischen Wege angewiesen, sowohl bezüglich der Nachricht selbst, als auch aller Einzelheiten die genauesten Erkundigungen einzuziehen und augenblicklichen Bericht zu erstatten. Die Rückantwort ist bis jetzt noch nicht eingetroffen. Auch aus Paris, wohin sich die kaiserliche Regierung in gleichem Sinne gewandt hatte, liegt bis jetzt keine Nachricht vor. Die Meldung von dem beklagenswerthen Schicksal des Kaisers mußte hier um so tiefere und erschütterndere Eindrücke hervorrufen, als gerade die letzten amtlichen Nachrichten eine günstigere Wendung in der Sache in Aussicht stellten. (Wr. Ztg.)

Telegramme.

München, 30. Juni. Ihre Majestäten der Kaiserin und die Kaiserin von Oesterreich sind heute um 2 Uhr Nachmittags von Regensburg hier angekommen. Ihre Majestät die Kaiserin ist sofort, Se. Majestät der Kaiser um 4 1/2 Uhr nach Posenhofen weitergefahren.

Rom, 29. Juni. Das Centenariumsfest ist mit großer Feierlichkeit begangen worden; 100.000 Fremde waren anwesend; der Papst wurde freudig begrüßt.

Paris, 29. Juni. Der „Etenbard“ schreibt: Die dänische Regierung hat beschlossen, mit Preußen nicht vor Festsetzung der Grenzen Nord-Schleswigs wegen der den deutschen Einwohnern zu

gewährenden Garantien zu unterhandeln. — Der „Etenbard“ dementirt die Nachricht, daß Graf v. d. Goltz die Unterdrückung des Journals „Situation“ verlangt habe, und hält dem türkischen Regierungsjournal „Turquie“ gegenüber seine Nachricht aufrecht, daß England in einer an die Pforte gerichteten Note die in den Noten der Mächte bezüglich Candia's gestellten Forderungen unterstützt habe. — Am 2. Juli wird zu Ehren des Sultans eine große Revue im Bois de Boulogne abgehalten werden. — In der Budgetdebatte greift Patour Dumolin die Politik des Ministeriums im Innern und nach außen an, sagt, es sei dies eine Politik von Zweideutigkeiten. Garnier-Pages unterzieht die Finanzlage einer genauen Prüfung und klagt die Budgetcommission des Optimismus an; das alleinige Mittel, das Gleichgewicht im Budget herbeizuführen, ist die Bewirkung von umfassenden Reductionen im Kriegsministerium, da die Völker Frieden wollen. Die Fortsetzung der Budgetdebatte findet Dienstag statt.

New-York, 28. Juni. (Kabeltelegramm.) Eine Proclamation des Generals Marquez zeigt an, daß Kaiser Maximilian zu Gunsten des jungen Sturbide abgedankt habe.

Telegraphische Wechselcourse vom 1. Juli.

5perc. Metalliques 59.90. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 61.40. — 5perc. National Anlehen 69.70. — Bankactien 705. — Creditactien 186.80. — 1860er Staatsanlehen 88.70. — Silber 122.50. — London 125.05. — R. L. Ducaten 5.91 1/16.

Geschäfts-Zeitung.

Stand der im Umlaufe befindlichen Münzscheine. Der Gesamtbetrag der zu Ende Mai 1867 im Umlaufe befindlichen Münzscheine betrug in 9,415,304 fl.

Oesterreichische Nationalbank. Die Bankdirection zeigt ihren Actionären an, daß sie am 1. Juli auf die diesjährige Dividende für das erste Semester eine Abschlagszahlung von 20 fl. per Actie zur Vertheilung bringt.

Domänen-Pfandbriefe. Die letzte Einzahlung auf die Staatsdomänen-Pfandbriefe, welche durch die österreichische Bodencredit-Anstalt emittirt wurden, ist vom 1. bis 10. Juli zu leisten. Mit dieser Einzahlung wird auch der Umtausch der ausgegebenen Interimsscheine in Pfandbriefe verbunden werden. Am 1. Juli findet auch die erste Verlosung des neuen Papieres statt.

Maß- und Gewichtsordnung. Das k. k. Handelsministerium hat der Akademie der Wissenschaften ein Exemplar des nach den Beratungen und Beschlüssen der Fachcommission verfaßten Entwurfes einer „neuen Maß- und Gewichtsordnung“ und des dazu gehörigen motivirten Berichtes mit dem Ersuchen mitgetheilt, allfällige Bemerkungen und Anträge bis längstens Ende Juli d. J. dem Handelsministerium bekannt zu geben.

Angelkommene Fremde.

Am 30. Juni.

Stadt Wien. Die Herren: Knecht, Kaufm., von Wien. — Fitz und Branne, Kaufm., Branne und Poy, Lederer, von Gottschee. — Tomasi, Hofrath, von Triest. — v. Jabornig, Gewerksbesitzer, Pofal, Mali Peter und Mali Gustav, Lederer, von Neumarkt. — Scheiner, Hotelier, von Steinbrunn. — Jugovitz, Kaufm., von Strajize. — Kitz, Maler, von Graz. — Globocnik, Gewerksbes., von Eisern.

Elephant. Die Herren: Moises, Kaufm., von Wien. — Schwarz und Piller, Kaufm., von Graz. — Stern, Weinhändler, und Macun, von Agram. — Bresniker, Fabricant, von Sonobitz. — Mali und Pollak, Lederfabricant, und Den, Gütebes., von Neumarkt. — Pagon, k. k. Rechnungsofficial, von Triest. — Hoffmann, von Wien. — Ritter, Kaufm., von Graz. — Singer, Productenhändler, von Pest. — Hirsch, Inspector, von Jodelsberg. — Rački, Oberförster, von Djalovo. — Maier, Handelsm., von Brunet.

Wilder Mann. Herr Lipp, Agent, von Graz.

Kaiser von Oesterreich. Die Herren: Strobl. — Coi. — Frau Bagathei.

Bairischer Hof. Die Herren: Branovich und Cadore, von Triest. — Bresovsky, Handelsm., von Graz.

Mohren. Die Herren: Hren, Geschäftsm., von Bigann. — Mason, von Wien. — Slatky, Handelsm., von Triest.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Laibach, auf 0° Reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Himmels, Niederschlag binnen 24 St. in Wiener Maßen. Rows for 6 li. Mg., 1. 2 „ P., 10 „ Ab.

Verantwortlicher Redacteur: Jgnaz v. Kleinmahr.

Börsenbericht. Wien, 28. Juni. Die matte Stimmung war an der Börse auch heute für sämtliche Effecten vorherrschend, welche sich auch wesentlich billiger stellten, indeß Devisen und Valuten neuerdings steifer schlossen. Geld minder flüssig. Geschäft beschränkt.

Öffentliche Schuld.

Table with 4 columns: A. des Staates (für 100 fl.), B. der Kronländer (für 100 fl.), Geld Waare, and various financial instruments like Nationalbank, Credit-Anstalt, etc.